



Halle'sche Neueste Nachrichten Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag aussermittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis ist freibleibend. Bezugspreis: 700000 Mark mit Schlußjahr (S. 24. 330). Bezugsbedingungen sind stets auf der Beilage für die laufende Woche zu lesen. Einzelne Ausgaben: 2400 Mark vierteljährlich.

Die Anzeigen werden nach Katalog-Preisen berechnet; die Preise sind freibleibend. Bezugspreis: Diese Preisliste ist im Druckhaus der Halle'schen Zeitung, Halle a/S., Postfach 100, Leipzig Nr. 2285, zu beziehen. Belegblätter: Halle a/S.

Französischer Anschlag auf die Pfalz.

Verrat.

Ein französisch-sozialdemokratischer Verrat zugewiesen. München, 25. Oktober. (Ein. Drahtfunk.) In der gestrigen Sitzung des Reichstages der Pfalz gab der Vertreter der Rheinlandkommission, Major Loup, folgende Erklärung ab: „Im Anbetracht, daß der gegenwärtige Zustand nicht anbahnen kann, ohne schließlich die allerwichtigsten moralischen und materiellen Interessen der Bevölkerung zu gefährden, in Anbetracht ferner der heutigen unruhigen und gefährlichen Lage in Bayern, ist von heute ab die Pfalz als autonomer Staat mit einer provisorischen Regierung bis zur weiteren Entwicklung der Ereignisse abgeteilt. Dieser autonome Staat der Pfalz verpflichtet sich hierdurch und unbedingt gegenüber der hohen Interalliierten Kommission, mit ihr in Zusammenarbeit und für die Zukunft in freierwilliger Konzilienz mitzuarbeiten für die Erfüllung künftiger Verpflichtungen, welche zur Garantie der geschuldeten Reparationen und der nötigen Sicherheit Frankreichs erforderlich sind.“

Nach einer Pause trat am 14 Uhr der Reichstag wieder zusammen. Nachdem der Vorsitzende die Erklärung des Vertreters der Rheinlandkommission nochmals verlesen hatte, bemerkte er folgendes: „Meine Damen und Herren! In der vorliegenden Frage ist der Reichstag der Pfalz nach den geltenden rechtsgültigen Bestimmungen (§ 18 der Reichsverfassung) in seiner Weisung befähigt. Damit ist der Antrag für uns erledigt.“ Nachdem sich hierauf von den Reichstagsmitgliedern außer zum Wort gemeldet hatte, erklärte der Vorsitzende zum Schluß:

„Ich habe mich meiner Aufgabe entledigt! Ich besah vorhin die Mitteilung, daß in der Nacht von gestern auf heute das Reichsstatut mit auch die bayerische Regierung sich mit der Frage eingehend beschäftigt. Die Reichsregierung löst sich mit auch die bayerische Regierung haben die Bildung eines neuen Staates in jeglicher Form als Landesverrat abgelehnt.“ (Stimmliche Zustimmung aller Reichstagsmitglieder und auch bei einer sehr großen Anzahl von Tribünenbesuchern.) Damit war die zweite Sitzung geschlossen. Um 4 Uhr nachmittags befragten sich verschiedene Korrespondenten mit dem General de Metz, er forderte, daß der Reichstag bis abends 6 Uhr seine Entscheidung treffen. Die Sozialdemokratie hat sich auf der Linie des Tages mit den anderen Parteien befragt und diese aufgefordert, mit in die provisorische Regierung einzutreten. Am Abend hat dann der Reichstag seine Entscheidung getroffen und einstimmig (also auch mit den Stimmen der Sozialdemokratie) die Fortsetzung des General de Metz auf Unabhängigkeitserklärung der Pfalz abgelehnt.

Eine besondere Klasse, die nicht nur an Landesverrat grenzt, sondern vollendeter Landesverrat ist, spielen die Sozialdemokraten, deren fanatischer Haß gegen Bayern keine Grenzen mehr kennt. Der Reichstag hat sich gestern abend nicht, in einer eigenen Sitzung aus der Pfalz die Vorschläge zu beurteilen, als ob sich die Pfalz aus Abneigung gegen das in Bayern herrschende System, also aus eigener Initiative, selbständig gemacht hat. Wir unterliegen glauben, daß jeder Deutsche, auch der Pfälzer, an dem Gedanken nicht, kein Vaterland mehr recht oder unrecht — ich halte zum Beispiel, die Pfalz, mit noch überbrumpft durch einen Haufe der „Pfälzischen Volk“, des Hauptorgans der pfälzischen Sozialdemokratie, der betont, daß die Stunde gekommen sei, in der die Pfalz sich von Bayern loslösen müsse, nachdem die bayerische Regierung die Reichsverfassung gebrochen habe und sich in offener Rebellion gegen die deutsche Republik befinde. Die Reichweite Sozialdemokratische Partei habe die Initiative ergriffen zur Bildung eines selbständigen Staates im Verbands des Reiches.

Während die von Frankreich geleitete Kamme des Separatismus im Rheinland mehrmals wahren politischen und militärischen Unruhen den übrigen Teil des Reiches durchzittern, wird Verrat gleich von der Partei, die sich als Hüterin der Reichseinheit und der Republik aus besonders als berufen hinstellen will, befohlen. Was Frankreich weiter um wird, ist im Augenblick noch ungewiß. Gerade wegen seiner Beziehungen auf Zustimmung des Reiches ist die Verantwortung, die liegt auf der Sozialdemokratie lastet, riesen groß und schamlos das Verhalten einer Partei, die es wagen konnte, von einer freiwilligen Lösung der Pfalz vom Reich zu sprechen. Nach dem Vortritt der pfälzischen Sozialdemokraten, der auch nicht durch die Zustimmung in milderen Tönen erwidert, und nach der Haltung des Reichstages, muß die Sozialdemokratie für jeden Deutschen erledigt sein. Das Wort „Verrat“ ist unauflöslich in ihre Stirn gebrannt.

Die bayerische Regierung an die Pfalz.

Brandmarkung der Verräter.

München, 25. Oktober. Ministerpräsident Dr. v. Aulinger hat an das bayerische Volk einen Aufruf erlassen, in dem er darzulegen will, daß unzerstörliche Elemente den Gegensatz zwischen Bayern und Reich bilden wollen, um die Pfalz von ihrem Mutterlande loszulösen und aus ihm einen selbständigen Staat zu machen. Indem er dieses Unternehmen als Schandtat an dem bayerischen Vaterland geltend macht, behauptet er, daß der gesunde Sinn der Pfälzer, ihre Treue und ihre harte Gläubigkeit an ihr geliebtes bayerisches und deutsches Vaterland den verabscheulungswürdigen Anschlag der sozialdemokratischen Verräter nicht verzeihen würde. Die bayerische Staatsregierung leidet bei pfälzischer Verräterei in allen ihren Schritten und Werken für ihr künftiges Wohl, ihre Treue und ihre Unabgängigkeit höchsten Dank und höchste Anerkennung zugleich mit der Versicherung, daß der Pfälzer seine Treue zu bewahren und seinen Heimatort zu verteidigen, die Pfalz nicht zu verlassen und Pfalz, Gott erhalte! zum Wohl unseres geliebten deutschen Vaterlandes!

München, 25. Oktober. Wie die „M. N. N.“ melden, hat die bayerische Staatsregierung durch den Generalen v. Freger dem Reichsstatut aufrichtigen Dank dafür auszusprechen lassen, daß die Reichsregierung erklärt hat, niemals die Pfalz als autonomen Staat im Reichsverband anzuerkennen und den Versuch der Konstitution von Bayern zu mißbilligen. Diese Haltung der Reichsregierung habe wesentlich dazu beigetragen, daß der Ruf in der Pfalz zusammengebrochen sei.

Kämpfe mit Sonderbündlern.

München, 25. Oktober. Hier ist die Lage noch ungeläutert. Nach einer ruhigen Nacht hörte man heute morgen kurz nach 6 Uhr in der Gegend des Hebelberger Platzes, heftiges Getöse. In das Postamt wurden Verwundete gebracht.

München, 25. Oktober. Der Sonderberichterstatter des Pariser Soir in Laufen meldet: Decker und seine Anhänger, die in einem Bayern Aufstand getrieben haben, seien im Bezirk von München. Sie werden zu ihrem Schutz von belgischer Gendarmarie begleitet. Man könne ohne Übertriebung, denn es sei die Wahrheit, sagen, daß die Laufen, die einen Tag lang einen regelrechten Aufstand erlebten, aufstanden. Das Aufstehen, das mittags ausgebrochen wurde, sei von Kommunisten (?) überlistet worden und man habe gesehen, wie ein alter Herrschapphann mit dem Bannion die heilige Fahne in Stücke zerriß. Decker werde jetzt wissen, daß seine Zeit, wenigstens in Laufen, beendet sei.

München, 25. Oktober. Die Separatisten halten noch die öffentlichen Gebäude besetzt. Die Straßenbahn verkehrt wieder. Die Geschäfte sind zum Teil geöffnet. Vormittags gab es vor dem Arbeitsamt wieder erregte Austritte zwischen Arbeitssoldaten und Separatisten.

München, 25. Oktober. Die Stadt ist von den Sonderbündlern wieder frei. Als die Sonderbündler sich an den französischen Kommandanten um Hilfe wandten, lehnte er dies mit der militärischen Erklärung ab: Der Krieg ist für die Sonderbündler verloren!

München, 25. Oktober. Die „Saarbrücker Zeitung“ meldet aus Trier: Hier hat gestern nachmittag ein neuer Vorstoß der Sonderbündler stattgefunden. Die öffentlichen Gebäude wurden von ihnen besetzt.

München, 25. Oktober. Nach dem „Echo du Rhin“ wurden bei den Kämpfen zwischen den Separatisten, die vorübergehend den Kreisamt besetzten und den Bewohnern ein französisches Kreuz, der Lehrer Conzang von französischen Leuten, der gerade die Straße passierte, von einer Sonderbündlerischen Kugel in den Kopf getroffen. Im „Echo du Rhin“ wird ferner mitgeteilt, beim Empfang des Direktoriums der rheinischen Partei habe der Präsident der Interalliierten Kommissionsrat, Einrad, erklärt, er nehme von ihrer Mitteilung Kenntnis, könne aber andererseits bis auf weiteres das Direktorium als eine tatsächliche Macht nicht in den Bezirken anerkennen, wo es sich der Unmässigkeit zu bemächtigen vermöge.

Der Hamburger Putz niedergetreten.

Die Opfer des kommunistischen Handwerks.

Hamburg, 25. Oktober. Der kommunistische Putz ist unterdrückt, die Polizei herein der Lage, Soweit bisher festgestellt, beträgt die Zahl der bei den Unruhen Gestorbenen 24, darunter 11 Polizeibeamte, und die der Verwundeten über 250.

Hamburg, 25. Oktober. Im Stadtinnern kam es gestern vormittag mehrfach zu Plünderungen, namentlich von Lebensmittelgeschäften. Im Hafen ruht die Arbeit noch völlig. Auch in mehreren Teilen der Umgebung kam es zu Unruhen. In Hamburg mißlingt nachts ein Ueberfall händlungsreicher Parteien auf das Gefängnis. In Bergedorf legen Erntehelfer morgens fünfzig große Rabatten still. Im Geesthagen sollten tausend Hamburger Kommunisten eingetroffen sein, um die Arbeiter der Dynamisfabrik zum Aufbruch zu bewegen. Ein Torpedoboot wurde dort in entzündet. Im Verlaufe der Einberufung der Hamburger Stadträte Schiffs- und Bergedorf wurden etwa hundert Personen festgenommen. Gegen ein von Kommunisten belegtes Geschäft in Barmbeck wurde ein Angriff unternommen, der das Geschäft unter schweren Verlusten für die Aufstörer überließ. Die Stadt ist zurzeit völlig ruhig und es wird kein bemerkbarer Widerstand mehr erwartet.

Weiter wird bekannt, daß der Reichsjustizminister auf Veranlassung des Hamburger Senats der Einlegung eines außerordentlichen Gerichts auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über den Ausnahmezustand vom 26. September zugestimmt hat. Vor diesem außerordentlichen Gericht, das in den nächsten Tagen bereits seine Tätigkeit beginnt, werden sich die an den Unruhen Beteiligten zu verantworten haben. Der Zahl der Gefangenen beträgt mehrere Hundert, läßt sich zurzeit aber noch nicht genau feststellen. In Altona hat sich eine freiwillige Bürgerwehr gebildet. Abhängig von gelagert werden: 1. daß die kommunistische Aktion von langer Hand vorbereitet war; 2. daß die Kommunisten es fertig gebracht haben, trotz Regierungsverbots ungehindert ihre Sonderhöfen in der letzten Zeit zu organisieren.

Hamburg, 25. Oktober. Wie das Mitteilungsblatt meldet, wurden im Laufe des gestrigen und des heutigen Tages sieben kommunistische Bürgerfalschmittglieder verhaftet. Die eigentlichen Beschreiber des Falschmittganges waren nach dem Wort nicht zu fassen, da sie seit mehreren Tagen nicht in ihre Häuser zurückkehrten.

Auf dem Wege der Verständigung.

Größere Selbständigkeit der Länder. Um den Ausnahmezustand.

Berlin, 25. Oktober. Anstelle der zur Befriedigung der bayerischen Frage geplanten Reichstagsitzung fand gestern nachmittag in der Reichsstatue eine Sitzung der Ministerpräsidenten und Generalen der Länder statt. Der bayerische Gesandte v. Freger legte die bayerische Auffassung des Konfliktes dar und erklärte, Bayern sei durchaus bereit, habe aber den Wunsch nach einer Milderung der Ueberbannung des unitarischen Gedankens in der Reichsverfassung. Der Reichsstatler führte namens der Reichsregierung aus:

Die Ernennung des Herrn v. Raab zum Generalstaatsminister in Bayern hat die Befürchtung mit sich gebracht, daß rechtsradikale Kreise in anderen Teilen des Reiches ihre Stunde für gekommen halten und zu Gewalttätigkeiten bereit wären. Dieser Gefahr habe der Reichsstatler durch seine bei aller Würdigung der Schwierigkeiten der bayerischen Regierung hervor, daß die Reichsregierung auf die Möglichkeit eingegangen sei. Auch die Reichsregierung wünsche, daß es gelinge, einen Ausgleich herbeizuführen. Weiter wies der Reichsstatler auf die wiederholt öffentlich betonten Pflichten der Reichsregierung, betreffend die Erweiterung der Reichsstatut, hin. In der Reichsregierung sei die Richtung zu stellen, Voraussetzung sei aber die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände. Nach längerer Besprechung wurde folgende Erklärung einstimmig angenommen:

In dem Konflikt zwischen Bayern und Reich stellen sich die Vertreter der Länder einmütig auf den Standpunkt der Reichsregierung. Es halten eine schnelle Beendigung der Verhältnisse für nötig. In ähnlichen Konflikten für die Zukunft vorzugehen, verlangen die Länder einmütig die baldige Umwandlung des militärischen Ausnahmezustandes in einen zivilen. Im Einverständnis mit dem Herrn Reichsstatler hatten alle Vertreter der Länder beschlossen, die Reichsregierung über die fernere Entwicklung des Verhältnisses zum Reich und Ländern im Sinne einer größeren Selbständigkeit der Länder zu einer geeigneten Zeit einzulasten werden.

Im Anschluß hieran erklärte der Reichsstatler die Bereitwilligkeit der Reichsregierung zur Verständigung. Die Reichsregierung sei ferner zu Verhandlungen über größere Selbständigkeit der Länder bereit. Schließlich ist die Reichsregierung geneigt, sobald es die Verhältnisse für nötig erweisen, die Reichsregierung den Reichsstatut ausnahmsweise vollständig aufzuheben oder den militärischen Ausnahmezustand in einen zivilen umzuwandeln.

Der Zusammentritt des Reichstages ist auf nächste Woche verschoben worden. Das Arbeitszeitgesetz ist nach der Annahme im Reichstag gestern in Reichstag eingegangen. Zu dem Ministeramt waren gestern erschienen die Reichsminister: Müller, Reich, der Ministerpräsident von Sachsen Dr. Feilner, von Oldenburg, von Preußen, von Braunschweig, Jäger, von Thüringen, Frick, von Mecklenburg-Schwerin, Gelling, von Hamburg, der zweite Bürgermeister Dr. Stolten, aus Bremen der Präsident des Senats Bürgermeister Dr. Zeman und der erste Bürgermeister von Lübeck Senator Reumann.

Kadivater Widerstand in Sachsen.

Eine Erklärung des Reichswehrministers.

Dresden, 25. Oktober. In den Ostprovinzen nicht weislich Dresdenes auf die Reichswehr maßlos gegen radikal Elemente ein. In einer wurde ein Zustuß von einem Posten erschossen und ein Kadivater verfehlt.

Berlin, 25. Oktober. Das Reichswehrministerium teilt mit: Mit Bezug auf die Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. Feilner im Landtag vom 22. Oktober 1923 wird festgestellt: Der Truppenetat in Sachsen ist nur zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Sachsen erfolgt. Der Auftrag des Generalleutnants Müller lautet:

„Das Wehrkreiskommando IV hat mit den ihm zur Verfügung stehenden und ihm noch zur Verfügung gehaltenen Mitteln verfassungsmäßige und geordnete Verhältnisse im Reichsstat Sachsen wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten.“

Alle anderen Gerichte über den Zweck der Wehrkreis IV zugehörigen Truppen sind ungesetzliche Kombinationen.

Fortdauernde Lebensmittelkrawalle.

Berlin, 25. Oktober. Im Laufe des gestrigen Abends und des heutigen Vormittags wurden in 60-70 Fällen Lebensmittelkrawalle angeordnet. Verschickungen wurden ausgedient und festsitzend gezwungen, ihre Ware ohne Entgelt abzugeben. Am morgen gelang es aber der Polizei, schwere Krawalle zu verhindern. Im Laufe des Dienstag sind 40 mehr noch jugendliche Personen auf freier Zeit beim Plündern verhaftet worden.

Marienburg, 25. Oktober. Hier kam es zu Plünderungen von Bäckereien, Lebensmitteläden und Konfektionsgeschäften. Beim Eingreifen der Gendarm mit der blanken Waffe gab es mehrere Verwundete. Viele Befragungen wurden vorgenommen.

Altenstein, 25. Oktober. Vorgehen abend fanden hier größere Annehmungen und Aufhebungen statt, die gestern

PROSPEKT über M. 42 000 000. — neue Stammaktien Nr. 33 501 — 75 500 über je M. 1000. — der Anhaltischen Kohlenwerke in Halle a. S.

Die Anhaltischen Kohlenwerke sind im Jahre 1881 errichtet und haben ihren Sitz in Halle a. S.

Zweck der Gesellschaft ist Erwerb, Ausbeutung und Betrieb von Braunkohlenwerken, die Herstellung und Verwertung von Erzeugnissen aus Braunkohlen sowie Erwerb, Einrichtung und Betrieb aller industriellen und Handelsgeschäfte, die sich an den Betrieb von Braunkohlenwerken anlehnen oder mit der Verarbeitung von Braunkohlen oder deren Produkten im Zusammenhang stehen; die Gesellschaft darf sich an gleichartigen oder verwandten Unternehmungen beteiligen, sie pachten oder verpachten.

Die Gesellschaft besitzt und betreibt:

A. 1. die Abteilung Marienberg bei Senftenberg (Niederlausitz), bestehend aus vier selbständigen Anlagen. Die Ausbeutung erfolgt fast ausschließlich durch Tagebau; die Leistungsfähigkeit an Rohkohle beträgt im Jahre 1 350 000 t; für die Gewinnung sind 4 Kohlenbagger vorhanden. Der Abraum wird durch eigene Betriebe mit 4 elektrischen Baggern und 5 Dampfbaggern bewältigt. Zur Abteilung gehören fünf Briquetfabriken mit zusammen 27 Pressen, 33 Dampfmotoren, 5 Röhrentrockner, 45 Dampfkessel sowie eine größere Anzahl von Dampf- und elektrischen Maschinen mit zusammen etwa 5000 PS und einer Jahresleistung dieser Werke von 425 000 t, ferner eine elektrische Zentrale mit 5 Dampfkesseln und 3 Dampfturbinen mit etwa 350 PS Leistung. Außerdem befindet sich an den Anlagen eine kleine, elektrisch angetriebene Ziegelei. Gleisanschlüsse bestehen an die Station Senftenberg (N.-L.) und Groß-Räschen.

Der Grubenfelderbesitz beträgt 5300 ha.

2. die Abteilung Braunkohlenwerk Grube Elisabeth bei Mücheln, Bez. Halle a. d. S., deren Ausbeutung durch Tagebau erfolgt. Für die Förderung sind 3 elektrische Kohlenbagger mit aufgestellt; die Leistungsfähigkeit beträgt im Jahre 1 700 000 t. Der Abraumbetrieb befindet sich in eigener Regie, dessen dienen 4 elektrisch angetriebene und 1 Dampfbagger sowie 20 Lokomotiven. Die Abteilung besitzt drei Briquetfabriken mit 24 Pressen, 20 Röhrentrockner, 41 Dampfmotoren, eine Anzahl Dampf- und elektrische Maschinen mit etwa 6000 PS und einer Jahresleistung der Werke von 550 000 t und ferner eine elektrische Zentrale mit 4 Turbinen von 15 000 PS Leistung. Auch ist eine Ringziegelei mit elektrischem Antrieb vorhanden, die im Jahre 3 000 000 Steine hergestellt kann. Gleisanschluss besteht an die Station Mücheln, Bez. Halle a. d. S.

Der Grubenfelderbesitz beträgt 500 ha.

3. die Abteilung Zechau in Zechau (S.-A.), die fünf in sich abgeschlossene Anlagen besitzt. Die Ausbeutung wird mittels Tieftaub und eines Tagebaues vorgenommen. Die jährliche Förderleistung beträgt 2 000 000 t. Der Abraum wird selbst betrieben, die Leistung beträgt im Jahre 1 000 000 cbm. Die Abteilung besitzt für den Abraumbetrieb sowie für die Kohlegewinnung 6 elektrische Bagger. Vorhanden sind 5 Briquetfabriken, die im Jahre 350 000 t erzeugen und mit 24 Pressen, 8 Dampfmotoren, 13 Röhrentrockner, 43 Dampfkessel und ebenfalls mit einer größeren Anzahl von Dampf- und elektrischen Maschinen von etwa 3300 PS ausgestattet sind. Zu den Anlagen gehören zwei elektrische Zentren mit 3 Dampfturbinen und 2 Dampfmotoren von 6200 PS Leistung. Ferner befinden sich hier zwei Naftpreliefabrikanten mit einem Produktionsvermögen von 15 000 t im Jahre. Gleisanschlüsse bestehen nach den Stationen Rositz (S.-A.), Großröda (S.-A.), Meuselwitz (S.-A.) und Altenburg (S.-A.).

Der Grubenfelderbesitz beträgt 1500 ha.

4. die Abteilung Schönau bei Schönau (Neumark), deren Ausbeutung durch Tieftaub mittels dreier Schächte erfolgt und im Jahre 70 000 t bewältigt. Sonstige Anlagen sind hier nicht vorhanden. Gleisanschluss besteht nach Station Schönau.

Der Grubenfelderbesitz beträgt 6200 ha.

5. die Abteilung Braunkohlenwerk Grube Ludwig bei Frose i. A. und eine Wasserversorgungsanlage. Gleisanschluss zur Station Frose.

Der Betrieb des Bergbaues und der Tagesanlagen ist am 1. April 1913 an die benachbarte Gewerkschaft Concordia zu Nacherstedt pachtweise übergegangen; der Pachtvertrag hat eine Dauer von 25 Jahren. Bei seiner Beendigung wird diese Gewerkschaft sämtliche Pachtobjekte in Eigentum übernehmen. Von der Pachtung sowie dem Eigentumsübergang ausgenommen bleibt ein Teil des Bergwerksbesitzes und die von der Gesellschaft betriebene Wasserversorgungsanlage sowie ein im Dorfe gelegenes Hausgrundstück. Ueber die Gestaltung des Pachtzinses und die Höhe des künftigen Kaufpreises sind zurzeit Verhandlungen im Gange, die einen für die Anhaltischen Kohlenwerke günstigen Verlauf nehmen.

Weitere Grubenfelder in einer Gesamtgröße von 11 500 ha liegen nicht im Bereiche der einzelnen Abteilungen.

B. Die Gesellschaft hat im letztabgekauften Geschäftsjahre nur erworben:

1. zur Abrundung des Felderbesitzes bei Senftenberg (N.-L.) Kohlenabbauerschichten in der Nachbarschaft der Rittergüter Muckrow, Cunerstorf und Leskow.

2. Verleihung auf Grund des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 in einer Größe von 6750 ha und Grubenfelder in einer Größe von 4500 ha bei Fürstenwalde (Spre), Grünberg (Schlesien) und Crossen (Neumark) mit einem neu erworbenen Kohlenvermögen, welches jedoch erst nach weiterer Bohrung nutzbringend ist.

3. die Oberfläche des Rittergutes Leskow im Ausmaß von rd. 219 ha, dessen Unterirdisches bereits seit längerer Zeit in ihrem Besitz war.

C. Mit über neun Zehntel der Kuxe ist die Gesellschaft seit November 1922 ferner beteiligt an:

der Gewerkschaft Oskarsgrube, die über 40 Maximalfelder umfaßt. Die Förderung aus der Grube Oskar in Schmagorei (Neumark) und der Grube Borussia bei Drossen (Neumark) beträgt 80 000 t im Jahre, die Produktion an Briquets 18 000 t.

Die Gesamtbelegschaft sämtlicher Werke beträgt ungefähr 7000 Mann.

Der Grundbesitz der Gesellschaft beträgt rund 4000 ha. Die Entwicklung der Werke in den letzten fünf Jahren ergibt sich aus folgender Übersicht:

Gesamtförderung		Absatz	
Rohkohle	Rohkohle	Briquets	
1918	3 630 782 t	546 956 t	1 106 488 t
1919	2 887 525 t	358 543 t	809 868 t
1920	3 812 011 t	593 046 t	1 033 825 t
1921	4 284 767 t	673 501 t	1 350 500 t
1922	4 238 034 t	833 101 t	1 232 953 t

Das Grundkapital der Gesellschaft betrug ursprünglich M 1 200 000.— und ist allmählich, zuletzt 1921, auf M 34 500 000.— (M 30 000 000.— Stamm- und M 4 500 000.— Vorzugsaktien) erhöht worden. Die ordentliche Generalversammlung vom 9. Mai 1922 beschloß zwecks weiterer Stärkung der Betriebsmittel eine Kapitalerhöhung um M 30 000 000.— ab Januar 1922 dividendenberechtigte Stammaktien, die von einer Bankgemeinschaft unter Führung der Dresdner Bank zu 195 % übernommen und den alten Stammaktionären im Verhältnis von M 1000.— zu M 1000.— zum Kurse von 215 % zum Bezuge angeboten wurden. Das dabei erzielte Aufgeld soll nach Abzug der Kosten mit rund M 30 000 000.— der gesetzlichen Reserve zu.

Am 21. November 1922 beschloß die außerordentliche Generalversammlung eine abermalige Erhöhung des Grundkapitals um weitere M 12 000 000.— neue Stammaktien mit Gewinnberechtigung ab 1. Januar 1923. Der Vorstand wurde ermächtigt, sämtliche Einzelheiten der Begebung dieser neuen Aktien selbstständig festzusetzen und sie insbesondere zur Beschaffung der Mittel für den Erwerb von Unternehmungen, von Anteilen an solchen oder von Grubenfeldern zu verwenden. Von den 12 000 neuen Aktien der

Emission vom November 1922 haben bereits 2131 Stück zum Erwerb der vorerwähnten Kuxe der Gewerkschaft Oskarsgrube Verwendung gefunden. Der Rest der Aktien steht noch zur Verfügung des Vorstandes der Gesellschaft und ist ausschließlich zum Erwerb von weiteren Kohlenbergwerken bzw. Feldern bestimmt.

Die neuen Stammaktien der beiden hiermit zur Einführung gelangenden Emissionen tragen die Unterschriften eines Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedes in Faksimile, die Handzeichnung eines Kontrollbeamten und den Eintrag der Seite des Aktienbuches.

Das Grundkapital beträgt nunmehr M 76 500 000.—, eingeteilt in:

M 72 000 000.— auf den Inhaber lautende Stammaktien, 5000 Stück zu je M 300.—, Nr. 1—5000 und 70 500 Stück zu je M 1000.—, Nr. 5001—75 500,

M 4 500 000.— auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien, 4500 Stück zu je M 1000.—, Nr. 1—4500.

Die Vorzugsaktien haben vor den Stammaktien einen Anspruch auf 6 % Vorzugsdividende mit dem Recht auf Nachzahlung aus dem Reingewinn späterer Jahre sowie auf vorzugsweises Befriedigung im Falle der Liquidation zu 115 % nebst Dividendenrückständen und 6 % Zinsen von Beginn des Jahres, in dem die Liquidation beginnt, bis zur Einlösung. Die Vorzugsaktien können von der Gesellschaft ganz oder teilweise durch Ankauf oder Verlosung zu 115 % zurückgezahlt werden. Die Einlösung erfolgt auf Grund eines gemäß § 288 des Handelsgesetzbuches zu fassenden Beschlusses der Generalversammlung, betreffend die Herabsetzung des Grundkapitals. Werden nicht sämtliche Vorzugsaktien auf einmal eingelöst, so sind die zur Einlösung gelangenden Nummern durch Verlosung zu bestimmen.

Den von der Generalversammlung zu wählenden Aufsichtsrat bilden gegenwärtig die Herren: Geheimer Rat Dr. jur. h. c. et Dr.-Ing. e. h. Otto Beutler, Dresden, Vorsitzender; Barthold Arons, Bonn, Bankhaus Arons & Walter, Berlin, stellvertretender Vorsitzender; Wilhelm Homberger, vom Bankhaus Wilhelm J. Homberger, Frankfurt a. M., 2. stellvertretender Vorsitzender; Dr. phil. Albert Forcke, Renner, Wernigerode; Georg Hellf, vom Bankhaus N. Helft & Co., Berlin; Wilhelm Bauersfeld, Direktor der Essener Credit-Anstalt, Essen; Franz Johanni, früher Generaldirektor der Gesellschaft, Halle a. S.; Bergassessor a. D. Theodor Quehl, Altdorf a. N.; Königlich spanischer Generalkonsul Eugen Landau, Berlin; Dr. Julius Baumann, Direktor der Rositzer Zuckerfabrik, Rositz (S.-A.); Geheimer Regierungsrat Richard Wittgen, Berlin; Dr. Willy Hünig, Inhaber der Rosa-Waggon- und Maschinenbau G. m. b. H., Berlin-Borsigwalde; Dr. W. Scheitauer, Generaldirektor der Werschen-Weißelner Braunkohlen-A. G., Halle a. S.; Exz. Dr. Eugen Schiffer, Reichsminister a. D.

Berlin. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten neben ihrem noch zu erwähnenden Gewinnanteile als Jahresvergütung insgesamt M 150 000.— zu Lasten der Unkosten. Die Gesellschaft trägt auch die auf den Bezügen des Aufsichtsrats lastenden Abgaben.

Der Vorstand der Gesellschaft besteht zurzeit aus den Herren: Generaldirektor Dipl.-Ing. F. Raab, Halle a. S., Direktor Bergassessor O. Heuleider, Halle a. S., Direktor Dipl.-Ing. H. Schenk, Senftenberg (N.-L.), Direktor Dipl.-Ing. R. Ulke, Zechau (S.-A.) und den stellvertretenden Mitgliedern Direktor Bergassessor B. Merens, Sierckau, und kaufmännischer Direktor L. Albrecht, Halle a. S.

Die Generalversammlungen finden in Halle a. S., Berlin, Frose i. A. oder Asciereleben statt. In der Generalversammlung gewährt jede Aktie zu M 1000.— drei Stimmen, jede Aktie oder jede Vorzugsaktie zu M 300.— zehn Stimmen.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Verteilung des Reingewinns: 1. 5 % zum Reservefonds, so lange er den zehnten Teil des Grundkapitals nicht übersteigt, sowie etwaige weitere Rücklagen, 2. Von dem verbleibenden Betrag an Vorstand und Beamte die vertragsmäßigen Tantiemen, 3. Bis zu 6 % Dividende und etwaige Rückstände auf die Vorzugsaktien, 4. Bis zu 4 % Dividende auf die Stammaktien. Von dem alsdann verbleibenden Gewinnbetrag 10 % Tantieme an den Aufsichtsrat. 6. Der Rest wird, soweit er nicht auf neue Rechnung vorgetragen wird, als weitere Dividende auf die Stammaktien verteilt.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, in Berlin Stellen zu bestimmen und bekanntzugeben, bei denen kostenfrei die Auszahlung der Dividende, die Hinterlegung von Aktien für die Generalversammlung sowie die Ausübung von Bezugsrechten und sonstigen von der Generalversammlung beschlossenen, die Aktienurkunden betreffenden Maßnahmen erfolgen können. Zulasten für die Gewinnanteilscheine sind, außer der Gesellschaftskasse in Halle a. S., in Berlin: die Dresdner Bank, die Berliner Handels-Gesellschaft, die Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, die Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, die Deutsche Bank, die Bankhäuser Gebriehs, Arons, Arons & Walter und N. Helft & Co.; in Essen: die Essener Credit-Anstalt; in Dortmund: die Dresdner Bank Filiale Dortmund, die Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien Filiale Dortmund und die Essener Credit-Anstalt; in Frankfurt a. M.: die Dresdner Bank in Frankfurt a. M. und die Bankhäuser Baß & Herz und Wilhelm J. Homberger; in Wernigerode: die Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, Filiale Wernigerode, sowie sämtliche Zweigniederlassungen aller vorstehend genannten Banken.

Die Gesellschaft hat an Dividenden für die letzten fünf Jahre verteilt auf die M 9 000 000.— bzw. M 4 500 000.— (1918—1922) Vorzugsaktien je 6 % auf die Stammaktien: 1918 und 1919 je 10 % auf je M 10 000 000.—, 1920 12 % auf M 15 000 000.—, 1921 20 % auf M 30 000 000.—, 1922 100 % auf M. 60 000 000.—.

Aktiva		Bilanz am 31. Dezember 1922.		Passiva	
	Zugang	Abschreibung	46		46
Nocheinzu zahlendes Aktienkapital			9 000 000	Aktienkapital:	
Grubenfelder	2 157 807 35	952 961 35	14 670 001	a) Vorzugsaktien	4 500 000
Schwergrundstücke	502 000	102 053	1 939 011	b) Stammaktien	76 500 000
Eisenbahn	299 230	106 730	409 815	Anleihen:	
Schächte und Gruben	184 600	67 914	149 121	I. von 1896	144 000
Gruben-Gebäude	231 000	62 032	654 825	II. von 1906 ¹⁾	1 375 000
Gruben-Maschinen und -Geräte	231 000	184 297	67 299	III. von 1910 ²⁾	2 600 000
Briquetfabrik-Gebäude	311 300	227 046	2 043 420	(v. Zechau übernommen)	1 103 000
Briquet-Maschinen und -Geräte	64 000	263 769	1 055 100	Reservefonds:	
Nebenanlagen		18 595	2	Zugang: Aufgeld i. neue Aktien	30 350 907 25
Planen			2	Rücklagen i. neue Aktien	17 800 000
Wohngebäude	2 647 053 75	275 203 75	4 875 900	Wohlfahrt	281 899
Tagebau	22 415 81		26 934 909	Debitoren	45 234
Abraum-Geräte	706 500	366 939	1 461 737	Bürgschaft	51 518 060
Werkstatt	40 000	55 381	1	Bestand der A. R. W.-Rühegehalts-Konten	4 880 671
Wegebau	13 000	26 845	4	Anleihen-Tilgungs-Rückstand	261 930
Werkzeuge	32 289	57 498	50 005	Anleihen-Zinsen-Rückstand	97 830
Möbel und Geräte	356 000	182 183	178 473	Dividenden-Rückstand:	
Elektrische Anlagen	369 000	216 010	708 737	a) auf Stammaktien	45 244
Schwererzt			36 335	b) auf Vorzugsaktien	8 280
Ziegeleien		4 037	36 335	Berufsgenossenschafts-Beitrag-Rückstand	25 016 619
Ziegelei-Maschinen und -Geräte	1 777 703	5 623	2 332 528	Hypotheken und Restkaufgelder ³⁾	70 000
Briefkasten			51 518 060	Ronto-Korrent-Gläubiger	6 210 752
Bürgschaft			4 839 671	Konto-Korrent-Gläubiger	2 214 446 277
Vermögen der A. R. W.-Rühegehaltskonten			2	Gewinn und Verlust:	8 000 000
Konto-Korrent:				Gewinnvortrag aus 1921	351 722 92
a) Bankguthaben	277 620 330 17		2 432 182 281	Reingewinn in 1922	121 213 565 66
b) Anzahlungen	37 212 903 74		32 532 608 49	Davon:	
c) Schuldner	1 782 449 047 74		414 661 35	65 % Reservefonds auf die gesetzlichen Höhe überschritten (Gewinnanteile) ⁴⁾	19 926 263 22
Kasse			2 091 961	Dividende:	
Verpantene (davon M. 350 000.—)			1 528 440 80	a) auf Vorzugsaktien	M. 270 000
Bankguthaben (davon M. 350 000.—)				100 % auf Stammaktien	M. 60 000 000
Bankguthaben (davon M. 350 000.—)				Überweisung an die A. R. W.-Rühegehaltskonten	6 000 000
Wareneigenheiten (davon M. 350 000.—)				Für Wohlfahrtszwecke	1 000 000
Materialienbestände				Gewinnvortrag auf 1923	34 369 028 36
	9 774 295 91	3 135 117	2 565 468 958 32		2 565 468 958 32

¹⁾ Sämtliche Anleihen sind gekündigt und werden spätestens am 1. Januar 1924 zurückgezahlt. ²⁾ Von den M. 4 033 299,80 Hypotheken sind M. 626 550.— mit 4 1/2 %, M. 518 000.— mit 4 1/2 %, M. 34 000.— mit 5 1/2 %, M. 1 255 100.— mit 4 1/2 %, M. 1 568 149,80 mit 5 1/2 %, M. 32 000.— mit 6 % verzinslich. Die Kündigungstricht beträgt teils zwei Monate, teils sechs Monate. M. 75 000.— sind am 1. Januar 1924 und von M. 626 000.— am 1. Januar der Jahre 1925 bis 1929 je M. 125 000.— fällig. Von den M. 2 117 482,80 Restkaufgeldern sind M. 416 094,72 mit 4 1/2 %, M. 244 997.— mit 4 1/2 %, M. 656 361,06 mit 5 1/2 %, M. 800 000.— mit 6 % verzinslich. Die Gelder sind vierteljährlich bzw. halbjährlich kündbar. ³⁾ Davon Aufsichtsanleihe M. 11 124 145,05.

Soll. Gewinn- und Verlust-Rechnung am 31. Dezember 1922. Haben.

Anleihe-Zinsen	244 408 75	Gewinn-Vortrag aus 1921	351 722 92
Abschreibungen für 1922	3 135 117 10	Verschiedene Einnahmen	2 201 614 92
Bilanz-Konto: Gewinn	121 565 291 58	Betriebs-Gewinn	122 391 479 59
	124 944 817 43		124 944 817 43

⁴⁾ Nach Abzug von M. 12 972 123,66 Steuern und öffentliche Lasten und M. 108 851 398,70 Handlungskosten.

Gegenüber dem Stande vom 31. Dezember 1922 weisen nach dem Stande vom 30. Juni 1923 folgende Konten wesentliche Veränderungen auf: Bankguthaben rd. M 1 500 000 000.—, sonstige Debitoren rd. M 33 300 000 000.—, Waren- und Materialbestände schätzungsweise M 25 000 000 000.—, Bankschulden rd. M 99 000 000.—, Hypotheken rd. M 4 500 000.— und sonstige Kreditoren einsch. Rücklagen rd. M 42 100 000 000.—.

Die Gesellschaft gehört mit ihren Braunkohlenwerken östlich der Elbe dem Ostelbischen Braunkohlen-Syndikat G. m. b. H., Berlin, an, dessen Dauer zunächst bis zum 31. März 1928 festgesetzt ist. Mit den westlich der Elbe gelegenen Braunkohlenwerken gehört sie zum Mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikat G. m. b. H., Leipzig, das zunächst bis 31. März 1925 läuft. Neben den gesetzlichen Obliegenheiten ist der Zweck der Syndikate insbesondere die Regelung des Vertriebes der Erzeugung ihrer Mitglieder. Die Beteiligungsziffern der Gesellschaft betragen beim Ostelbischen Syndikat 300 000 t Rohkohle und 410 000 t Briquets, beim Mitteldeutschen Syndikat 520 000 t Rohkohle und 1 039 000 t Briquets.

Das Gewinnergebnis des laufenden Geschäftsjahres ist bisher zurückerstattet.

Halle a. S., im September 1923.

Anhaltische Kohlenwerke.

Auf Grund vorstehenden Prospektes sind M 42 000 000.— neue Stammaktien Nr. 33 501—75 500 über je M 1000.— der Anhaltischen Kohlenwerke in Halle a. S. zum Handel und zur Notiz an der Berliner Börse zugelassen.

Berlin, Dortmund, Frankfurt a. M., im Septbr. 1923.

Dresdner Bank **Berliner Handels-Gesellschaft**
Commerz- u. Privat-Bank **Darmstädter u. Nationalbank**
Aktiengesellschaft **Kommanditgesellschaft auf Aktien**
Gebhardt Arons **Arons & Walter**
N. Helft & Co. **Essener Credit-Anstalt**
Bass & Herz **Wilhelm J. Homberger.**

